

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Riegert, Sibylle Pfeiffer, Dr. Christian Ruck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Helga Daub, Joachim Günther (Plauen), Harald Leibrecht, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/9027 –**

Weltwärts wird Gemeinschaftswerk

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Bärbel Kofler, Dr. Sascha Raabe, Lothar Binding (Heidelberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/8769 –**

Weltwärts – Ein Freiwilligendienst mit Zukunft

A. Problem

Zu Buchstabe a

Als Ergebnis der Evaluierung des 2007 eingerichteten entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ wird diesem zusammenfassend bescheinigt, dass er im Hinblick auf die Erreichung der gesetzten Ziele, insbesondere auf der Ebene der Freiwilligen, relevant, effizient und effektiv arbeitet. Empfohlen werden eine Schärfung des Profils mit Blick auf die fachlich-pädagogische Begleitung der Freiwilligen, eine stärkere Arbeit mit den Rückkehrern sowie gezielte Maßnahmen zur Einbeziehung bisher kaum erreichter Zielgruppen wie junger Menschen mit Haupt- und Realschulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung. Zudem werden eine Vereinfachung der Verfahren und Instrumente sowie die Novellierung von Mandaten und Verantwortlichkeiten empfohlen.

Zu Buchstabe b

In den Jahren 2008 bis 2010 wurden seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung insgesamt 84 Mio. Euro für den Freiwilligendienst „weltwärts“ zur Verfügung gestellt. Von der amtierenden Bundesregierung wurden in 2010 trotz steigender Zahlen der Bewerbungen nur 29 Mio. Euro bereitgestellt. Aufgrund der von der Bundesregierung ausgespro-

chenen Übernahmegarantie wuchs die Zahl der Freiwilligen um 10 Prozent. Die dafür nötigen zusätzlichen Haushaltsmittel mussten aber von den Entsendeorganisationen selbst aufgebracht werden. Auch im Haushaltsjahr 2011 stellte die Bundesregierung nur 30 Mio. Euro zur Verfügung. Dies schränkte erneut die finanzielle Entsendekapazität der Organisationen stark ein, obwohl die Nachfrage weiter zunahm. Die Folge: 2010 wurden 4 377 Freiwillige, 2011 nur noch 3 050 Freiwillige entsandt. Auch für 2012 ist von der Bundesregierung, gemessen am Bedarf, zu wenig Geld eingeplant. Die Ergebnisse der Evaluierung sprechen eindeutig für eine Fortsetzung des Programms; die aufgrund der Mittelkürzungen rückläufige Entwicklung der tatsächlich entsandten Freiwilligen aber steht im klaren Widerspruch dazu.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/9027 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8769 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

E. Bürokratiekosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/9027 anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/8769 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2012

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Helga Daub
Amtierende Vorsitzende

Klaus Riegert
Berichtersteller

Dr. Bärbel Kofler
Berichterstellerin

Heike Hänsel
Berichterstellerin

Joachim Günther (Plauen)
Berichtersteller

Ute Koczy
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Klaus Riegert, Dr. Bärbel Kofler, Heike Hänsel, Joachim Günther (Plauen) und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlagen auf **Drucksachen 17/9027** und **17/8769** in seiner 168. Sitzung am 22. März 2012 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Mit dem Antrag wird gefordert, die Bestrebungen der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ zu unterstützen. Dazu soll das Profil gemeinsam mit den Akteuren der Zivilgesellschaft in entwicklungspolitischer Hinsicht in allen Programmbereichen geschärft werden: Auswahl von Entsendeorganisationen, Anerkennung von Einsatzplätzen, Auswahl von Freiwilligen, fachlich-pädagogische Begleitung, Rückkehrarbeit.

Auf der Basis von konsensualen Qualitätskriterien sollen darüber hinaus Maßnahmen zur weiteren Vereinfachung der Verwaltungsverfahren vereinbart werden. Dazu gehört auch die Übernahme einer stärkeren Qualitätsverantwortung durch die Entsendeorganisationen.

Besonderes Augenmerk gilt der Einbindung bisher kaum erreichter Zielgruppen (u. a. Menschen ohne Abitur oder Hochschulabschluss, aber mit beruflicher Qualifikation) sowie die gezielte Ansprache von neuen Zielgruppen (z. B. aus dem wirtschaftsnahen Bereich).

Im Rahmen der Verbesserung der Rückkehrarbeit soll verstärkt über die Möglichkeiten informiert werden, sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu engagieren.

Nicht zuletzt geht es um eine Optimierung der Abstimmung aller beteiligten Bundesressorts.

Zu Buchstabe b

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung gefordert, den Mittelansatz für das Haushaltsjahr 2012 den Ergebnissen der Evaluierung entsprechend durch Umschichtungen im Etat zu erhöhen und den Ansatz für 2013 auf 70 Mio. Euro aufzustocken. Unabhängig davon ist eine langfristige Finanzierung des Freiwilligendienstes sicherzustellen, um Planungssicherheit für die Entsendeorganisationen herzustellen.

Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass für die ausländischen „Weltwärts“-Freiwilligen entsprechende Visaregelungen vorgesehen werden.

Über die in der Evaluierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung hinaus soll es zukünftig möglich gemacht werden, dass im Gegenzug junge Freiwillige der aus-

ländischen Partnerorganisationen in Deutschland einen Dienst leisten können.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag 17/9027 in seiner 62. Sitzung, der **Haushaltsausschuss** in seiner 93. Sitzung, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 68. Sitzung, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** in seiner 63. Sitzung, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner 77. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten.

Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag 17/9027 in seiner 62. Sitzung, der **Haushaltsausschuss** in seiner 93. Sitzung, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 68. Sitzung, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** in seiner 63. Sitzung, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner 77. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten.

Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/9027 in seiner 63. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/8769 in seiner 63. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stimmt dem Fazit des Evaluierungsberichtes zu, dass das „weltwärts“-Programm im Wesentlichen ein erfolgreiches Programm sei, welches weiterentwickelt werden sollte. Die beiden Anträge lägen eigentlich nicht so weit auseinander, sehe man davon ab, dass von der Opposition auch hier reflexartig ein Mittelaufwuchs gefordert werde. Dem stünden aber Nachfrage- und Qualitätsaspekte entgegen. Wolle man die angestrebten Qualitätsstandards erreichen, dann dürfe man keiner unkontrollierten Ausweitung Vorschub leisten. Schon heute seien einige Partnerorganisationen, wie auch im Evaluierungsbericht kritisiert werde, mit der Sicherung der Programmqualität überfordert. Im eigenen Antrag habe man eine Reihe von Vorschlägen zur Qualitätsverbesserung gemacht. Vor allem gehe es darum, die Weiterentwicklung des „weltwärts“-Programms unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft voranzutreiben.

Die **Fraktion der SPD** begrüßt die Absicht der Bundesregierung, zu einer qualitativen Verbesserung des „weltwärts“-Programms zu kommen und regt an, mittelfristig einen quantitativen Ausbau anzustreben. Man habe sich die Kritikpunkte im Evaluierungsbericht zu eigen gemacht und im eigenen Antrag entsprechende Forderungen gestellt. Es gehe vor allem darum, neue Bevölkerungsschichten zu erreichen. Dazu rechne man junge Menschen an Berufsschulen, solche mit Berufserfahrung oder Migrationshintergrund sowie junge Menschen aus Ostdeutschland. Entsprechend müssten die Plätze aufwachsen. Das sei aber nicht zum Nulltarif zu haben. Die im Antrag geforderte Mittelerhöhung folge dem Vorschlag aus dem Evaluierungsbericht. Da interkulturelles Lernen immer auf einem Dialog beruhe, müsste das Programm „vice versa“ für junge Freiwillige der ausländischen Partnerorganisationen geöffnet werden, um in Deutschland einen Dienst leisten zu können. Die von der Bundesregierung vorgenommene Aufhebung der Spendendeckelung allein halte man für ungeeignet, den im Evaluierungsbericht kritisierten Missbrauch zu verhindern. Es dürfe nicht um kurzfristige Spendenakquise gehen, sondern um den Aufbau von Unterstützerkreisen.

Die **Fraktion der FDP** teilt die Auffassung, dass es sich bei „weltwärts“ um ein erfolgreiches Programm handle. Im Hinblick auf eine stärkere Einbeziehung von jungen Menschen aus dem berufsbildenden Bereich sehe man einen Verbesserungsbedarf in der Sicherstellung der sprachlichen Voraussetzungen. Zudem sollten die Belange der Partnerorganisationen in Fragen der praktischen Umsetzung von „weltwärts“ im Rahmen der EZ-Regierungsverhandlungen einbezogen und unterstützt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE** wendet ein, es gebe eine große Nachfrage nach „weltwärts“-Programmplätzen, die momentan nicht befriedigt werden könne. Das liege an der Planungsunsicherheit für die Partnerorganisationen, die man nur durch eine Garantieübernahme oder eine Aufstockung der Mittel beseitigen könne. Vor allem müsse man die Verpflichtungsermächtigungen deutlich erhöhen. Mit Blick auf das notwendige „Eine-Welt“-Bewusstsein sei ein „Reverse“-Programm überfällig. Da die entscheidenden Bausteine im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP fehlen würden, werde man diesen Antrag ablehnen und dem Antrag der Fraktion der SPD wegen weitgehender Übereinstimmung mit den hier erhobenen politischen Forderungen zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stimmt zu, dass „weltwärts“ ein sehr wichtiges Programm sei. Was für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von Anfang an ein entscheidender Aspekt gewesen sei, der in der Umsetzung des Programms aber viel zu kurz gekommen wäre, sei der Aufbau eines „Reverse“-Programms. Hierzu werde im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP nichts gesagt. Zudem fehlten konkrete Aussagen zur Finanzierung. Weil das aber Knackpunkte seien, werde man diesen Antrag ablehnen. Umgekehrt halte man die finanziellen Forderungen im Antrag der Fraktion der SPD für überzogen. Es dürfe nicht zu einer Überforderung der Partnerorganisationen durch eine zu schnelle und überdimensionierte Aufblähung kommen. Die wichtigste Frage für die Weiterentwicklung aber sei die Qualitätssicherung und wie man das entwicklungspolitische Profil von „weltwärts“ zu schärfen gedenke.

Berlin, den 13. Juni 2012

Klaus Riegert
Berichterstatter

Dr. Bärbel Kofler
Berichterstatterin

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin

